

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 14. Wahlperiode: 1.-83. Sitzung. (14/1 - 14/1259), 1995 -1999

19.11.1997 - Beschlußprotokoll 50. Sitzung

Nr. 14/703

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Entwicklungsperspektiven des Technologieparks an der Universität Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. Mai 1997
(Drucksache 14/664)
2. Jugendkriminalität: Konsequentes Vorgehen gegen Straftaten - konsequentes Vorgehen gegen deren Ursachen!
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 19. September 1997
(Drucksache 14/771)
3. Arbeitslehre
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 24. September 1997
(Drucksache 14/777)

Dieser Tagesordnungspunkt wird bis zur Februar-Sitzung ausgesetzt.
4. Neue Medien in den Schulen
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 8. Oktober 1997
(Drucksache 14/795)
5. Neuorientierung in der Drogenpolitik
Große Anfrage der Fraktion der AFB
vom 24. Oktober 1997
(Drucksache 14/810)

Dieser Tagesordnungspunkt wird bis zur Januar-Sitzung ausgesetzt.

Nr. 14/704

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag des Abgeordneten Lojewski und Fraktion der AFB eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Konsequenzen aus dem Hoffmann-Skandal - leicht schuldhafte Dienstpflichtverletzungen generell zulassen?“.

Nr. 14/705

Für die Stärkung der inneren Sicherheit im Lande Bremen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 19. September 1997
(Drucksache 14/770)

Der Kampf gegen die unterschiedlichen Formen der Kriminalität ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. Es gehört zu seinen Kernaufgaben, die wesentlichen Rechtsgüter des Bürgers wie Leben, Gesundheit, Eigentum und Bewegungsfreiheit zu schützen. Polizei und Justiz müssen verstärkt gegen Gewaltkriminalität,

Massen- und Alltagskriminalität sowie gegen die Organisierte Kriminalität vorgehen.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt daher den jüngst erzielten Kompromiß im Bundestag zum Einsatz technischer Mittel zur akustischen Raumüberwachung. Sie begrüßt auch, daß künftig den Strafverfolgungsbehörden verbesserte Möglichkeiten zur Bekämpfung der Geldwäsche zur Verfügung stehen sollen. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß der Senat den notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen im Bundesrat zustimmt.

Die besorgniserregenden Auseinandersetzungen in einigen Stadtteilen Bremens und Bremerhavens, an denen insbesondere jugendliche Ausländer und Aussiedler beteiligt waren, verlangen nach konkreten Gegenmaßnahmen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert daher den Senat auf,

- bei den Wohnungsbaugesellschaften darauf hinzuwirken, daß bei der Vergabe von Wohnraum die Entstehung sozialer Brennpunkte, die eine Kriminalitätsentwicklung begünstigen könnten, vermieden wird;
- dafür zu sorgen, daß von der jüngst geschaffenen Möglichkeit der Hauptverhandlungshaft Gebrauch gemacht wird;
- daß die Bemühungen, beschleunigte Verfahren durchzuführen, verstärkt umgesetzt werden;
- ausländische Gewalttäter und ausländische Intensivtäter weiterhin konsequent abzuschieben;
- durch angemessene polizeiliche Schwerpunktbildung und verstärkte Polizeipräsenz dafür zu sorgen, daß die Aufklärungsquote bei der Straßenkriminalität erhöht wird;
- verstärkte (präventive und repressive) Maßnahmen zu ergreifen gegen die besorgniserregende Zunahme der Gewaltkriminalität, insbesondere der Raubüberfälle auf Straßen und Plätzen;
- sich auf Bundesebene für eine bessere Durchsetzbarkeit der Aufenthaltsbeendigung von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern einzusetzen. Insofern soll die Bundesregierung bewegt werden, die völkerrechtliche Rücknahmepflicht gegenüber bestimmten Staaten mit wirtschafts-, entwicklungs- und außenpolitischen Maßnahmen zu verknüpfen;
- eine Gesetzesinitiative zur Änderung des Waffenrechts zu ergreifen bzw. zu unterstützen, um den Zugang zu Waffen zu erschweren, insbesondere zu Hieb-, Stich- und Stoßwaffen, die immer häufiger zur Begehung von Straftaten eingesetzt werden.

Nr. 14/706

Unterstützung des „Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung der organisierten Kriminalität“

Antrag der Fraktion der AFB
vom 8. Oktober 1997
(Drucksache 14/798)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 14/707

Reform der bremischen Arbeiter- und Angestelltenkammer

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 29. Juli 1997
(Drucksache 14/740)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 14/708

Rechtliche Grundlagen der Rechtschreibreform

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 2. September 1997
(Drucksache 14/752)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung.

Nr. 14/709

Unterzeichnung der Umwelt-Charta der europäischen Regionen (Charta von Valencia)

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 3. September 1997
(Drucksache 14/759)

Auf der Umweltkonferenz der in der Europäischen Union zuständigen Minister und politisch Verantwortlichen der Regionen im November 1995 in Valencia/Spainen wurde die Rolle der Regionen in der Umweltpolitik festgeschrieben. Die Verantwortlichen erklärten, daß sie angesichts der gemeinsamen Verantwortung für den Schutz der Umwelt der heutigen und der kommenden Generationen die Entwicklung der Umweltpolitik als eine der wesentlichen Aufgaben betrachten.

Die Charta von Valencia definiert die Rolle, die Ziele und die Instrumente der Regionen der Europäischen Union in der Umweltpolitik.

Sie besagt u. a.:

„Wir, die Regionen der Europäischen Union, erklären, daß wir angesichts unserer gemeinsamen Verantwortung für den Schutz der Umwelt der heutigen und der kommenden Generationen die Entwicklung der Umweltpolitik als eine unserer wesentlichen Aufgaben betrachten und Umwelterfordernisse dementsprechend den Erlaß aller unserer sektoriellen Politiken prägen sollen.

Wir stellen fest, daß die Lösung globaler Umweltprobleme nur durch koordinierte Maßnahmen auf allen Ebenen erreicht werden kann. Gemäß dem Prinzip 'Denke global und handle lokal' müssen regionale Regierungen und Lösungen auf regionaler Ebene hierzu viel beitragen.

Wir sind der festen Meinung, daß wir als 'zuständige Behörden' in Übereinstimmung mit unseren unterschiedlichen rechtlichen Zuständigkeiten an der Festlegung und Umsetzung der Umweltpolitik der Europäischen Union beteiligt sein sollten.

Wir, die Regionen der Europäischen Union, werden versuchen, offene Strukturen in unseren Politiken zu schaffen, auch im Hinblick auf ihre Durchführung und Kontrolle. Wir betrachten das Vorsorgeprinzip als ein Leitprinzip bei allen unseren Maßnahmen. Wir sind auch der Auffassung, daß in unseren Regionen offene Strukturen geschaffen werden müssen, um eine aktive Beteiligung bei der Entwicklung und Akzeptanz der Umweltpolitik zu ermöglichen.“

Die Charta von Valencia wurde bislang von Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Niedersachsen, Sachsen, Thüringen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin unterzeichnet.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, seine Unterschrift unter die Charta von Valencia zu leisten und sich den Zielen dieser Charta zu verpflichten.

Nr. 14/710

Einführung von Regionalfenstern im sozialen Wohnungsbau

Antrag der Fraktion der AFB
vom 8. September 1997
(Drucksache 14/760)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für das Bauwesen (federführend) und die staatliche Deputation für Soziales und Jugend.

Nr. 14/711

Prekäre Beschäftigung eindämmen, Dienstleistungspools fördern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
vom 23. September 1997
(Drucksache 14/775)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 14/712

Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und Bekämpfung des Mißbrauchs

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 18. November 1997
(Drucksache 14/837)

Der Senat wird aufgefordert, sich für eine Neuregelung der Sozialversicherungsfreiheit der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse mit dem Ziel einzusetzen, daß

1. dem Trend eingegegewirkt wird, daß immer mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden,
2. geringfügige Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen gelegentlicher Nebenbeschäftigungen zulässig bleiben,
3. der Mißbrauch bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen verhindert wird.